

Scharfe Kirchenkritik an Plänen zur PID-Zulassung

(21.09.2012) Der Katholische Familienverband warnt vor einem "Dammbruch". "IMABE" fordert, dass Österreich die Irrtümer anderer Länder nicht wiederholt.

Aus den Reihen der katholischen Kirche haben am Freitag, 21. September 2012, mehrere kritische Stimmen vor einer Aufweichung des Fortpflanzungsmedizingesetzes gewarnt. Der Katholische Familienverband Österreich (KFÖ) warnte in einer Aussendung vor den Auswirkungen, sollten bestehende Grenzen neu gezogen werden. Susanne Kummer vom kirchlichen **IMABE-Institut** fragte in einem Gastkommentar für "Die Presse", "wie hoch der Preis" für ein gesundes Kind sein dürfe.

Warnung vor "Dammbruch"

"Das Recht auf Fortpflanzung ist zweifelsohne zu schützen. Der Staat ist aber nicht verpflichtet, jedes Mittel zu legitimieren, das zu diesem Zweck von Wissenschaft und Medizin entwickelt worden ist", kritisierte KFÖ-Präsident Alfred Trendl das am Freitag vorgelegte Mehrheitsvotum der Bioethikkommission für ein liberalisiertes Fortpflanzungsmedizingesetz.

Eine notwendige Grenze sei dort zu ziehen, wo die Rechte anderer betroffen sind: "Auch der Embryo in vitro ist menschliches Leben, das geschützt werden muss. Diesem Auftrag gegenüber dem menschlichen Leben in der Frühphase seiner Entwicklung hat der Staat ebenfalls umfassend nachzukommen", hob der KFÖ-Präsident hervor und warnte vor einem "Dammbruch": "Ist eine Entscheidung für die Möglichkeit einer PID erst getroffen, wird es selbst bei einer Begrenzung schwierig sein, Grenzen aufrechtzuerhalten und legitime von nicht legitimen Zielen eindeutig zu unterscheiden."

PID gefährdet Inklusion Behinderter

"Kinder zu bekommen gehört zum Schönsten im menschlichen Leben. Ein Kinderwunsch ist verständlich, und auch die damit verbundene Hoffnung eines Paares auf ein gesundes Kind", so Trendl weiter. Ein krankes oder behindertes Kind stelle eine Familie vor große Herausforderungen, das sei unumstritten. Es müsse daher alles unternommen werden, um den betroffenen Paaren zu helfen. "Die Sorgen und Wünsche von insbesondere genetisch belasteten Paaren sind ernst zu nehmen. Eine Einführung der PID rechtfertigen sie aber deshalb nicht, denn der Wunsch nach einem gesunden Kind oder der Vermeidung von Fehl- oder Totgeburten dürfen nicht alleiniger Bezugspunkt für die ethische Bewertung der PID sein."

Der KFÖ-Präsident befürchtet nicht nur, dass eine gesetzlich erlaubte PID einen großen Druck auf jene Eltern ausüben könnte, die sich trotz genetischer Vorbelastung dagegen entscheiden. "Es besteht auch die Gefahr, dass Menschen mit genetisch bedingten Behinderungen in der Gesellschaft zunehmend diskriminiert werden. Dies wäre ein herber Rückschlag für all jene Bemühungen der letzten Jahre, die das Ziel haben, chronisch Kranke und Behinderte in unserer Gesellschaft weitgehend zu integrieren und zu inkludieren."

Gesundheitliche Risiken

Der Familienverband weist zudem auf die nach wie vor gravierenden gesundheitlichen Risiken für Mutter und Kind bei einer Befruchtung außerhalb des Mutterleibes hin. So seien die Wahrscheinlichkeit einer Mehrlingsschwangerschaft sowie das Risiko einer Fehl- oder Frühgeburt erhöht. Die Langzeitfolgen der IVF für Kinder seien bisher noch weitgehend unerforscht. Die Fokussierung auf die Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin lasse zudem manchmal vergessen, dass es Alternativen zur künstlichen Befruchtung gebe, so Trendl: "Paare können sich ihren Kinderwunsch auch durch die Aufnahme eines Pflegekindes oder durch Adoption eines Kindes erfüllen. Damit gibt man gleichzeitig einem benachteiligten Kind eine Lebensperspektive."

Aus ethischer Perspektive könne man im sensiblen Bereich der Reproduktionsmedizin unmöglich alles für legitim erklären, was technologisch machbar sei: "Es braucht wirksame Grenzen für diese Technologien und eine intensive, tiefgründige Auseinandersetzung mit der Frage, was ethisch und moralisch vertretbar und einem humanen Miteinander dienlich ist. Gerade die Präimplantationsdiagnostik kann immense Auswirkungen auf unsere Vorstellungen von Familie, von Gesundheit und Krankheit und insgesamt auf unser Bild vom Menschen haben", betont Trendl abschließend.

Nicht die Fehler anderer wiederholen

Susanne Kummer, Ethikerin und stellvertretende Geschäftsführerin des Wiener Instituts für medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE), kritisierte in der Tageszeitung "Die Presse", dass Österreich - anstatt aus Fehlern anderer Länder zu lernen - nun in Sachen PID mit 20 Jahren Verspätung glaube, "die Irrtümer nachholen zu müssen". Es werde diskutiert, "welche Techniken für ein qualitätsgesichertes Wunschbaby in Österreich künftig erlaubt sein sollen".

"Ein gesundes Kind soll es sein - das ist ein verständlicher Wunsch. Doch wie hoch darf der Preis sein? Wer darf dann noch ungetestet ins Leben?", fragte Kummer. Die PID solle außerdem nach mehreren erfolglosen IVF-Versuchen erlaubt werden, um so die Schwangerschaftsraten zu erhöhen. "Klingt wohlfeil. Allein: Die wissenschaftlichen Daten sprechen längst eine andere Sprache", betonte die Ethikerin. Vier von fünf ungewollt kinderlosen Frauen, die sich einer künstlichen Befruchtung unterziehen, bleiben auch nach mehreren belastenden IVF-Versuchen kinderlos, hält Kummer unter Verweis auf die Europäische Gesellschaft für Humanreproduktion und Embryologie fest. Die sogenannte Baby-Take-Home-Rate liege bei niedrigen 15 bis 20 Prozent - auch dann, wenn die PID durchgeführt wurde.

(red/KAP)